

Bericht aus dem Gemeinderat vom 24.07.2017

TOP 1 Bürgerfragestunde (Fragen, Anregungen und Vorschläge)

Keine Wortmeldung.

TOP 2 Informationen der Verwaltung

Der Gemeinderat wurde eingeladen zur Führung „Max im Museum“ im Stadtmuseum Baden-Baden.

TOP 3 Bekanntgabe nicht öffentlich gefasster Beschlüsse

OB Mergen verwies auf den Aushang im Rathaus.

TOP 4 Ehrenamt – kostenlos und unbezahlbar?

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, das Ehrenamtskonzept auf der Grundlage der Anregungen aus den Workshops mit den Vereinen weiter zu entwickeln. Zur Bündelung der städtischen Angebote und zur Koordinierung und Unterstützung der Vereine wird eine zentrale Anlaufstelle eingerichtet, die mit einem/einer Ehrenamtsbeauftragten besetzt wird. Diese Stelle wird neu geschaffen und im Stellenplan ausgewiesen.

TOP 5 Einrichtung einer Integrierten Leitstelle (ILS) für den Stadtkreis Baden-Baden und den Landkreis Rastatt beim Landratsamt Rastatt – Grundsatzbeschluss

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung:

1. 1. Der Stadtkreis Baden-Baden errichtet und betreibt zukünftig eine Integrierte Leitstelle in gemeinsamer Trägerschaft mit dem Landkreis Rastatt und dem Deutschen Roten Kreuz – Kreisverband Bühl-Achern e.V. Die reguläre Betriebsaufnahme wird zum 1. Januar 2020 angestrebt.
2. 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen für die Errichtung und den Betrieb der gemeinsamen Integrierten Leitstelle zu schaffen. Insbesondere erarbeitet sie in Abstimmung mit den Trägern eine Trägerschaftsvereinbarung.
3. 3. Die Integrierte Leitstelle führt den Namen «Integrierte Leitstelle Rastatt/Baden-Baden». Sitz der Integrierten Leitstelle ist das Landratsamt in Rastatt. Die Feuerwehreinsatzzentrale des Stadtkreises Baden-Baden dient als Redundanzstandort bei Ausfall der ILS.
4. 4. Die Tragung der Betriebs-, Personal- und Investitionskosten zwischen den Trägern unterliegen einem einheitlichen Kostentragungsschlüssel. Das Deutsche Rote Kreuz –

Kreisverband Bühl-Achern e.V. trägt 55 % dieser Kosten. Der Landkreis Rastatt trägt 30 %, der Stadtkreis Baden-Baden 15 % dieser Kosten.

TOP 6 Durchführungsvertrag «Westliche Wörthstraße»

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Ein vorhabenbezogener Bebauungsplan nach § 12 BauGB setzt den Abschluss eines Durchführungsvertrags zwischen der Stadt und der Vorhabenträgerin voraus. Über den Durchführungsvertrag ist vor dem Satzungsbeschluss zu beschließen. Das Vorhaben wird auf dem Grundstück Flst-Nr. 4472/1 Gemarkung Oos errichtet, das im Eigentum der Ideal Wohnbau GmbH steht. Die Wohnanlage wird dauerhaft für Betreutes Wohnen genutzt, die Ideal Wohnbau GmbH schließt hierzu mit der AWO einen Betreibervertrag ab.

Wesentlicher Inhalt des vorliegenden Vertrags ist die Verpflichtung der Ideal Wohnbau GmbH, das Vorhaben auf eigene Kosten entsprechend dem vorliegenden Vorhaben- und Erschließungsplan und den Festsetzungen im vorhabenbezogenen Bebauungsplan innerhalb bestimmter Fristen durchzuführen.

Um auf diesem Grundstück ein Bauvorhaben realisieren zu können, ist eine Hochwasserschutzmaßnahme erforderlich. Die Ideal Wohnbau GmbH führt diese auf eigene Kosten durch. Die für die Hochwasserschutzmaßnahme erforderliche Retentionsfläche wird auf Kosten der Vorhabenträgerin auf einem Teil des städtischen Grundstücks Flst.Nr. 4195/16 Gemarkung Oos hergestellt. Der Vertrag regelt Bereitstellungskosten und Pflege der Fläche.

Um die Retentionsfläche zur Verfügung stellen zu können, wird der auf dem städtischen Grundstück geplante öffentliche Fußweg («Grünes Band entlang der Oos») auf das Grundstück der Ideal Wohnbau GmbH verschoben. Die Ideal Wohnbau GmbH errichtet den Weg entsprechend den Vorgaben der Stadt, die Stadt trägt die Kosten. Die für den Weg erforderliche Fläche wird unentgeltlich in städtisches Eigentum übergehen. Das Grundstück ist straßen- und kanaltechnisch erschlossen, erstmalige Anschlussbeiträge fallen nicht an. Allerdings wird die bauliche Nutzbarkeit des Grundstücks erhöht, so dass entsprechend der städtischen Kanalbeitragsatzung weitere Kanalbeiträge zu erheben sind.

Der Vertrag enthält außerdem die üblichen Regelungen zu Haftung, Gefahrtragung, Rechtsnachfolge usw.

FBB-Stadtrat Heinrich Liesen kritisierte erneut das von der Stadtverwaltung in Auftrag gegebene Gutachten zur Luftqualität. Die Basis des Gutachtens sei eine theoretische Messung auf Grundlage «getürkter Abgasdaten» der Automobilhersteller. Es lasse die Schwerkraft außer Acht, die dazu führe, dass die Schadstoffe von der Brücke auf das Wohngebiet fielen. Es sei unverantwortlich dort zu bauen. Es gebe Bürger, die dort wohnten und von erheblichen gesundheitlichen Problemen berichteten. Er berichtete von einer Familie, die vor zwei Jahren in ein Haus unter dem Tausendfüßler gezogen sei und nach einem halben Jahr schwere asthmatische Beschwerden spüre, was

nachweislich auf die Schadstoffe dort zurückzuführen sei. Er berichtete auch, dass mehrere Bürger selbst Messungen durchführten und extreme Belastungen feststellten. Er beantragte eine namentliche Abstimmung, denn mit einer Zustimmung übernehme man eine große Verantwortung.

SPD-Stadtrat Werner Henn sagte, er habe wiederholt Bedenken geäußert über Lärmschutz, Feinstaub und Verschmutzung der Grundstücke unterhalb des Tausendfüßlers. Er habe auch kritisiert, dass die Lärmschutzmauer nur zur Hälfte der Brücke gebaut sei und genau dort ende, wo nun neue Wohnhäuser entstehen, die somit nicht einmal einen Minimalschutz hätten. Er kritisierte zudem, dass bei der Darstellung von Bauvorhaben geschönt werde. Es gebe keine Visualisierung dieses Bauvorhaben, in der die B500 dargestellt sei. Die Realität sehe anders aus und er werde deshalb nicht zustimmen.

CDU-Stadtrat Klaus Bloedt-Werner kritisierte Heinrich Liesens Statement als unverantwortliche Angstmacherei ohne «Ross und Reiter» zu nennen. Ihm sei kein einziger Fall von gesundheitlichen Beschwerden bekannt, obwohl dort bereits seit Jahrzehnten Bauten stehen.

Grünen-Fraktionsvorsitzende Beate Böhlen warf ein, dass der Autoverkehr nicht nur an einer Stelle in Baden-Baden gesundheitsschädlich sei und man könne keinen Einzelfall herausstellen. Es gebe überall Belastungen durch Feinstaub, zum Beispiel auch in der Fürstenbergallee. Siesprach sich dafür aus, einen Antrag an das Regierungspräsidium zu stellen, die Schutzwand auf dem Tausendfüßler zu erweitern und sich dann für gesamt Baden-Baden der Feinstaubproblematik zu widmen.

Heinrich Liesen wies darauf hin, dass es sich beim Tausendfüßler um eine außergewöhnliche Situation handele, weil hier unterhalb der Straße gebaut werde und durch die Schwerkraft eine erheblich höhere Belastung entstehe. Er wehrte sich gegen den Vorwurf von Klaus Bloedt-Werner der Polemik und argumentierte, dass es dazu wissenschaftliche Untersuchungen gebe, die er, wenn man ihm die Zeit dazu gebe, darstellen würde. Das vorliegende Gutachten sei ein Gefälligkeitsgutachten und kein wissenschaftliches Gutachten.

OB Mergen wehrte sich gegen den Vorwurf des Gefälligkeitsgutachtens. Dies müsse sie mit Entschiedenheit zurückweisen.

Klaus Bloedt-Werner beteuerte, dass ihm und seiner Fraktion die Gesundheit der Menschen am Herzen liege. Er sei jedoch über die Vorgehensweise von Stadtrat Liesen erstaunt, er habe alle Zeit der Welt gehabt, wissenschaftliche Untersuchungen vorzulegen.

Auch Erster Bürgermeister Alexander Uhlig antwortete Heinrich Liesen, dass im Bebauungsplanverfahren ausreichend Gelegenheit im Fachausschuss gegeben habe um

zu diskutieren. Er gestand ein, dass es «gesündere Wohnverhältnisse» gebe als am Tausendfüßler oder in der Lange Straße. Dies stelle er nicht in Abrede. Das Bebauungsplanverfahren sei «lege artis» durchgeführt worden.

Dem Antrag von Heinrich Liesen auf namentliche Abstimmung wurde zugestimmt. Der Gemeinderat stimmte der Beschlussvorlage der Verwaltung mit 26 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen zu.

TOP 7 Vorhabenbezogener Bebauungsplan «Westliche Wörthstraße» a) Behandlung der Stellungnahmen

b) Satzungsbeschlüsse

Der Gemeinderat stimmte mit 29 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

TOP 8 Neubau Kindertagesstätte Keltenweg

– Vorstellung des Wettbewerbsergebnisses

– Vergabe der Architektenleistungen

Der Gemeinderat stimmte dem Entwurf auf Platz 1. des Wettbewerbs als Grundlage zu und beauftragt den Preisträger mit der Weiterbearbeitung der Planung.

TOP 9 Sanierungsgebiet «Oos»;

Aufstockungsantrag

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 10 Vorkaufssatzung für das auf Gemarkung Haueneberstein belegene, im Flächennutzungsplan als gemischte Baufläche dargestellte Gebiet «In der Au II»

– Satzungsbeschluss –

Der Gemeinderat stimmte mit 35 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen zu.

TOP 11 Vorkaufssatzung für das auf Gemarkung Haueneberstein belegene, im Flächennutzungsplan als Wohnbaufläche dargestellte Gebiet «Ooser Äcker I und II»

– Satzungsbeschluss –

Der Gemeinderat stimmte mit 34 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

TOP 12 Anerkennung des Mietspiegels 2017 für Baden-Baden

Die Fraktionen von FBB und Freie Wähler kritisierten die Kosten für den Mietspiegel, an dem sich weder der Verein der Haus- und Grundbesitzer noch der Mieterverein finanziell beteiligen würden. Die Nachfrage regle den Mietpreis und nicht der Mietspiegel.

SPD-Stadtrat Joachim Knöpfel verteidigte den Mietspiegel mit dem Argument, dass Mieterhöhungen von 30 Prozent alle drei Jahre damit verhindert werden könnten.

OB Mergen argumentierte, dass der Mietspiegel für die Stadtverwaltung Rechtssicherheit bedeute bei den Unterbringungskosten.

Der Gemeinderat stimmte mit 25 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

TOP 13 Auflösung der Hildegard und Fritz Koeltze-Stiftung

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 14 Erich Kästner-Schule; Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung; Einrichtung des Bildungsgangs Realschule ab dem Schuljahr 2018/19

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 15 Erneuerung der Forsteinrichtung 2017 – 2026

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 16 Einrichtung der gemeinsamen Kommunalen Gesundheitskonferenz (KGK) der Stadt Baden-Baden und des Landkreises Rastatt

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 17 Kommunale Gesundheitskonferenz (KGK) der Stadt Baden-Baden und des Landkreises Rastatt;

– **Bestellung der Vertreter des Gemeinderats der Stadt Baden-Baden für das Plenum**

– **ergänzende Informationen zur Kommunalen Gesundheitskonferenz**

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

**TOP 18 Neuvergabe von Konzessionsverträgen;
Beauftragung eines Beratungsunternehmens**

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 19 Feststellung des Jahresabschlusses 2016 der Klinikum Mittelbaden gGmbH und Beschluss über die Ergebnisverwendung gemäß § 14 Abs. 3d des Gesellschaftsvertrags der Klinikum Mittelbaden gGmbH sowie Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 20 Klinikum Mittelbaden gGmbH; Feststellung des Jahresabschlusses 2016 der Klinikum Mittelbaden Catering GmbH, Beschluss über die Ergebnisverwendung sowie Entlastung der Geschäftsführung

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 21 Klinikum Mittelbaden gGmbH; Feststellung des Jahresabschlusses 2016 der Klinikum Mittelbaden MVZ GmbH, Beschluss über die Ergebnisverwendung sowie Entlastung der Geschäftsführung

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 22 Feststellung des Jahresabschlusses 2016 der Aspichhof gGmbH, Beschluss über die Ergebnisverwendung sowie Entlastung der Geschäftsführer

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 23 Klinikum Mittelbaden gGmbH; Feststellung des Jahresabschlusses 2016 der Klinikum Mittelbaden MVZ Durmersheim gGmbH, Beschluss über die Ergebnisverwendung sowie Entlastung der Geschäftsführung

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 24 Klinikum Mittelbaden gGmbH; Feststellung des Jahresabschlusses 2016 der Klinikum Mittelbaden Service GmbH, Beschluss über die Ergebnisverwendung sowie Entlastung der Geschäftsführung

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 25 Tochtergesellschaften Aspichhof gGmbH, Klinikum Mittelbaden Service GmbH, Klinikum Mittelbaden Catering GmbH, Klinikum Mittelbaden MVZ GmbH und Klinikum Mittelbaden MVZ Durmersheim gGmbH für das Geschäftsjahre 2017

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 26 Vergabe weiterer Untersuchungen zur PFC-Belastung «In der Hüfenau»

OB Mergen erklärte, dass die Stadtverwaltung nach wie vor beabsichtige die Gewerbeflächenentwicklung wie geplant voranzutreiben, ohne, auf das Gelände des Segelflugplatzes in Oos auszuweichen. Die Untersuchung zur PFC-Belastung «In der Hüfenau» sein und ein erster Schritt, zu untersuchen, ob die PFC belasteten Flächen als Gewerbeflächen genutzt werden können. Da dies ein sehr aufwendiges Verfahren sei, könne man nicht mehrere Flächen parallel untersuchen, sondern nur eine nach der anderen.

Beate Böhlen zeigte sich erstaunt darüber, dass die Fläche «In der Hüfenau» als Gewerbegebiet genutzt werden soll. Diese sei ökologisch zu wertvoll. Ihre Fraktion stimme der Untersuchung zu, nicht aber der Nutzung als Gewerbegebiet.

OB Mergen antwortete, dass die Fläche Teil des im Mai 2015 vom Gemeinderat beschlossenen Konzepts zur Entwicklung von Gewerbeflächen sei.

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 27 Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen, Erbschaften und sonstigen ähnlichen Zuwendungen; Entscheidung über die Annahme und Vermittlung

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 28 Anfragen aus dem Gemeinderat

SPD-Stadtrat Paul Haußmann fragte, ob die Stadtverwaltung von Überlegungen wisse, die Polizeiposten in Oos und in der Innenstadt zu schließen.

OB Mergen antwortete, dass sie bei Polizeivizepräsident Reinhard Renter nachfragen wolle.

SPD-Stadtrat Werner Schmoll erinnerte an seinen Antrag zur Aufwertung des Bäderviertels und der Römischen Badruinen.

Bürgermeister Uhlig merkte an, dass es sich dabei um einen größeren Stadtumbau handeln würde und mehrere Zuständigkeiten betroffen seien, da die Flächen teilweise

im Besitz des Landes Baden-Württemberg seien. Er sagte zu, das Thema im Herbst bei einem Termin mit dem Landesbetrieb Vermögen und Bau Baden-Württemberg anzusprechen.